

**Wir müssen  
draußen  
bleiben**



# »Dreckig, feige und gemein«

Januar 2015: Der ÖDP-Politiker Markus Hollemann gilt als Wunschkandidat der CSU für das Amt des Gesundheits- und Umweltreferenten der Stadt München. Münchner Medien, allen voran die »Süddeutsche Zeitung«, skandalisieren seine Mitgliedschaft in der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) e. V. und schrecken dabei auch vor Diffamierungen nicht zurück. Ob hier Journalisten selbst Politik machten oder sich »nur« benutzen ließen, muss vorerst offen bleiben.

Von Stefan Rehder

**M**anchmal ist das Leben ziemlich absurd. Seit Anfang des Jahres zählt der protestantische Bürgermeister der südbadischen Gemeinde Denzlingen, Markus Hollemann (ÖDP), zu den wohl bekanntesten Mitgliedern der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) in Deutschland. Und das, obwohl er als Lebensrechtler noch nie öffentlich in Erscheinung getreten war. Er stand keinem Regionalverband der ALfA vor, bekleidete auch kein anderes Ehrenamt in der Lebensrechtsorganisation, bestritt keine Podiumsdiskussionen zu Le-

bensrechtsthemen und rief zu nichts auf, was ihm den Ruf eines Lebensrechts-Aktivistens hätte einbringen können. Selbst in der ALfA kannte so gut wie niemand seinen Namen: »Markus wer?«

Auf seiner Internetseite kann man über sein Engagement Folgendes lesen: »Als gläubige Christen ist mir und meiner Frau der Lebensschutz ein wichtiges Anliegen. Meine Frau begleitet schwerkranke und sterbende Menschen. Die tägliche Konfrontation mit dem Tod lässt uns die Würde und Einmaligkeit eines jeden Lebens in besonderer Weise wertschätzen.

Vor einigen Jahren hat meine Frau für uns eine passive Familienmitgliedschaft bei dem überkonfessionellen Verein Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) abgeschlossen. ALfA setzt sich unter anderem für Inklusion, gegen Euthanasie und Eugenik sowie den Schutz allen Lebens ein. Wir wollten damit unsere Unterstützung für das Lebensrecht eines jeden einzelnen symbolisieren – egal, ob geboren, ungeboren, behindert, krank oder alt.«

Die Mitgliedschaft in einer Lebensrechtsorganisation ist in Deutschland (noch) nicht verboten. Das ist auch bei

der ALfA nicht anders. Ganz im Gegenteil sogar: Staatliche Stellen haben die ALfA stets als gemeinnützig anerkannt, weshalb Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge und/oder Spenden denn bislang auch bei jedem Finanzamt steuermildernd geltend gemacht werden können. Nur Gesundheits- und Umweltsprecher der Stadt München kann man, wie der »Fall Hollemann« zeigt, selbst als passives ALfA-Mitglied offenbar nicht werden.

»Etwas ist faul im Staate Deutschland«, möchte man – William Shakespeares Tragödie »Hamlet« abwandelnd – ausrufen«, schrieb die Bundesvorsitzende der ALfA, Dr. med. Claudia Kaminski, kürzlich im »LebensZeichen«, einem 8-Seiter, mit dem die ALfA vierteljährlich Spender über die Arbeit des Vereins und seiner Regionalverbände informiert. Was sich Ende Januar in München zugezogen habe, sei »tatsächlich« ein »Trauerspiel«, so die Ärztin, die an dieser Stelle gleich noch die »Kurzfassung« des Inhalts des Dramas für all jene nachreichte, welche die, so Kaminski weiter, »bühnenreife Inszenierung« verpasst hätten:

»1. Akt: In München, Bayerns rotschwarz regierter Hauptstadt, gilt es, das Amt des Umwelt- und Gesundheitsreferenten neu zu besetzen. Das Vorschlagsrecht liegt bei der CSU. Als ihr Wunschkandidat gilt der ÖDP-Politiker Markus Hollemann, Bürgermeister der südbadischen Gemeinde Denzingen.

2. Akt: Die Grünen im Stadtrat, die der ÖDP in inniger Feindschaft zugetan sind, äußern Bedenken gegen den Kandidaten. In München angesiedelte Medien – allen voran die »Süddeutsche Zeitung« – werfen Hollemann die Mitgliedschaft in der »Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) e.V.« und die finanzielle Unterstützung der »Christian Solidarity International« (CSI) vor, einer Organisation, die sich für von Islamisten verfolgte Christen einsetzt. Die ALfA erhält das Etikett »radikale Abtreibungsgegner«, die CSI wird als »islamfeindlich« tituliert.

3. Akt: Die SPD droht dem Vernehmen nach daraufhin mit dem Bruch der Koalition. Die CSU lässt Hollemann fallen. Münchens Zweiter Bürgermeister Josef Schmid (CSU) drängt den ÖDP-Politiker zur Aufgabe seiner Kandidatur.«

Dem Rechtsanwalt und Münchner Urgestein war das Ganze offenbar zumindest peinlich. Gegenüber der katholischen Zeitung »Die Tagespost« erklärte er: »Ich persönlich spreche mich eindeutig für den Schutz des ungeborenen Lebens aus.« Er, Schmid, sei allerdings der Meinung, dass man eine »klare Grenze zu Abtreibungsgegnern ziehen

muss, die sich radikaler und nicht mehr tolerierbarer Mittel bedienen«. So lehne er es »zum Beispiel ab, wenn Frauen vor Arztpraxen, die entsprechende Eingriffe vornehmen, aggressiv bedrängt« würden. »Die Organisation ALfA, die



Markus Hollemann, ÖDP

Markus Hollemann auf seiner Weibseite unterstützte, wurde in den Münchner Medien mit solchen radikalen Praktiken und extremen Standpunkten in Verbindung gebracht.«

Mit anderen Worten: Auch der CSU-Politiker und Zweite Bürgermeister der

Allen voran von der »Süddeutschen Zeitung« (SZ). »Designierter Gesundheitsreferent« und »Sympathie für radikale Abtreibungsgegner« überschrieb das Blatt am 28. Januar einen Artikel von Dominik Hutter und Josef Kelnberger im München-Teil der SZ. »Wer abtreibt, begünstigt auch Euthanasie sowie die Forschung an widerstandsunfähigen Menschen; und als Familie darf nur anerkannt werden, was auf der Ehe zwischen Mann und Frau aufbaut: Es sind Sätze, wie diese, die die radikalen Abtreibungsgegner von der »Aktion Lebensrecht für alle« in Misskredit gebracht haben«, beginnt der Beitrag in dem Blatt, das sich für eine Qualitätszeitung hält. Und weiter heißt es: »Beim »Marsch für das Leben«, den der Dachverband der Organisation schon mehrmals in Berlin veranstaltet hat, haben im vergangenen Jahr etwa 1.000 Gegendemonstranten gegen das reaktionäre Familienbild der selbsternannten Lebensschützer demonstriert. Nun ist das Thema auch im Münchner Rathaus angekommen: Markus Hollemann, den der Stadtrat an diesem Mittwoch zum neuen Umwelt- und Gesundheitsreferenten wählen soll, ist Mitglied der »Aktion Lebensrecht.«

Die Wirklichkeit ist freilich eine ganz andere. »Ein Staat, der seinen Bürgern »gestattet« unschuldige und wehrlose ungeborene Kinder im Mutterleib zu töten,



Sitz der Süddeutschen Zeitung im Münchner Stadtteil Zamdorf

Bayerischen Landeshauptstadt wirft der ALfA keineswegs vor, Frauen vor Abtreibungspraxen in seiner Heimatstadt »aggressiv bedrängt« zu haben, sondern behauptet lediglich, dass die von Hollemann unterstützte Lebensrechtsorganisation von »Münchner Medien« damit »in Verbindung gebracht« worden sei.

kann denselben Bürgern schlecht verbieten, sich selbst töten zu lassen«, schrieb etwa die Bundesvorsitzende der ALfA, Claudia Kaminski, im »LebensForum«. Und weiter: »Denn wo bereits die ungeplante Existenz eines anderen Menschen die Tötung zu rechtfertigen scheint, stürzt jedes noch so gute Argument gegen die

eigene Auslöschung – und davon gibt es zahlreiche – unweigerlich ins Leere« (vgl. LF Nr. 109, S. 3).

Evidente »Sätze wie diese« eignen sich nicht zur Skandalisierung und können daher auch niemanden in Misskredit bringen. Das geschieht erst durch den Beitrag der SZ-Autoren selbst, der mit »Schmier-Journalismus« fast noch freundlich umschrieben wäre. Denn anstatt belastbare Fakten zu präsentieren, die einsichtig machen könnten, warum ein Mitglied der ALfA unmöglich Gesundheits- und Umweltreferent der Stadt München werden könne, beschränken sich Hutter und Kelnberger darauf, Stimmung zu erzeugen (»Sätze wie diese«, »Misskredit«) und Etiketten (»radikal«, »reaktionär«) zu verteilen.

Kein Wort darüber, dass der »Marsch für das Leben« jedes Jahr von einem großen Polizeiaufgebot geschützt werden muss, weil einige der Gegendemonstranten auch vor Gewalt nicht zurück-

schrecken und die friedlich demonstrierenden Lebensrechtler mit Farbbeuteln und Wasserbomben attackieren oder gar die Reihen der Polizisten durchbrechen und Lebensrechtlern gewaltsam die weißen Holzkreuze entreißen, die sie schweigend durch die Straßen der Bundeshauptstadt tragen.

### »In die Nähe von Rechtsextremen gerückt«

Ja, Hutter und Kelnberger scheuen sich nicht einmal, die ALfA in die Nähe von Rechtsextremisten zu rücken. So schreiben sie: »Auch Marcus Buschmüller von der Münchner Fachinformationsstelle Rechtsextremismus warnt vor der »Aktion Lebensrecht«. Die Übergänge zu christlichem Fundamentalismus und

rechtsgerichteten Antifeminismus seien fließend, sagt er. So sei die stellvertretende Aktions-Vorsitzende Alexandra Linder im April 2010 in München zusammen mit der »ultrarechten homosexuellenfeindlichen Autorin« Christa Meves aufgetreten.«

Dass der Beitrag von Hutter und Kelnberger sowie andere, die ihm noch folgen sollten, in Teilen von Politik, Medien und Gesellschaft Diskussionen ausgelöst und die Frage aufgeworfen hat, wie ein fairer Umgang der Medien mit Menschen aussehen müsse, die Positionen vertreten, welche Journalisten nicht teilen, mag erfreulich sein, den durch die Beiträge Diffamierten ist damit freilich nicht geholfen.

Allen anderen voran natürlich Markus Hollemann. »Ein Aufrechterhalten der Kandidatur« hätte angesichts der »medialen Diskussion die Stadtgesellschaft und auch den Münchner Stadtrat gespalten. Das ist das Letzte, was ich will.

## INFO

### »Niemand hat uns um eine Stellungnahme gebeten«

**Mit diesem Leserbrief wandte sich die Vorsitzende des ALfA-Regionalverbandes München, Antonia Egger, an die »Süddeutsche Zeitung«. Der Leserbrief wurde von der SZ nicht veröffentlicht. »LebensForum« veröffentlicht ihn im Wortlaut:**

Mit größtem Befremden habe ich den Artikel »Designierter Gesundheitsreferent: Sympathie für radikale Abtreibungsgegner« in der Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 28. Januar 2015 zur Kenntnis genommen. Ich bin 48 Jahre alt, von Geburt an querschnittgelähmt und deshalb ständig auf den Rollstuhl angewiesen. Hinzu kommt eine spastische Behinderung der rechten Hand. Trotz dieser Einschränkungen lebe ich ausgesprochen gerne und habe sogar ein Fachhochschulstudium der Informatik absolviert und abgeschlossen.

Da es mir ein Anliegen ist, auch andere Menschen in ihrer Liebe zum Leben zu bestärken, engagiere ich mich seit Jahren in der »Aktion Lebensrecht für Alle«, derzeit als 1. Vorsitzende des Regionalverbandes München. Die Einschätzungen unserer Arbeit, die der Artikel zum Ausdruck bringt, muss ich entschieden zurückweisen.

Kernbereiche unserer Aktivitäten sind Öffentlichkeitsarbeit zu allen Themen des Lebensschutzes und Hilfe für schwangere Frauen und Mütter in Not. Wir veranstalten Informationsabende mit renommierten Ärzten, Professoren und Fachleuten für soziale Probleme. Unsere gut besuchten Infostände in der Münchner Innenstadt, beim Streetlife-Festival, auf dem Corso Leopold, bei Fachmessen etc. werden stets von den zuständigen Behörden genehmigt und freundlich unterstützt.

Bei all unseren Aktionen orientieren wir uns ganz klar an den Vorgaben des Grundgesetzes und an allgemein christlichen Grundsätzen. Wir nehmen das von der Verfassung garantierte Menschenrecht und das Fünfte Gebot ernst und werben friedlich und sachlich fundiert für Verbesserungen im Schutz bedrohten Lebens.

Nie haben wir gewalttätige Demonstrationen angezettelt. Wir wurden im Gegenteil bei unseren friedlichen »Märschen für das Leben« wiederholt von linksradikalen Gegnern angepöbelt, ohne uns davon provozieren zu lassen. Dass in dem Artikel zwar die 1.000 Gegendemonstranten gegen den »Marsch für das Leben« 2014 in Berlin erwähnt werden, nicht

aber die 5.000 Demonstranten, zeugt von unglaublicher Voreingenommenheit. Sympathien mit rechtsradikalen Gruppierungen sind uns fremd. Ich frage mich, was an unserer Arbeit »radikal«, »fundamentalistisch« und »frauenfeindlich« sein soll. Darf man heutzutage für ungeborene Kinder und ihre Eltern nicht mehr beten? Darf man eine Frau, die im Begriff ist, ihr ungeborenes Kind dem Tod preiszugeben, nicht vor einem Schritt bewahren, der unumkehrbar ist und aufgrund der körperlichen und physischen Folgeschäden, die in der Öffentlichkeit fast immer verschwiegen werden, oft ein Leben lang bitter bereut wird?

Der Anfang des Artikels »Wer abtreibt, begünstigt auch Euthanasie sowie die Forschung an widerstandsunfähigen Menschen; und als Familie darf nur anerkannt werden, was auf der Ehe zwischen Mann und Frau beruht« wirkt wie ein Zitat. In Wirklichkeit ist er eine freie Erfindung der Verfasser oder ihrer Informanten. Im Übrigen überschüttet der Artikel die ALfA geradezu mit wild zusammengeklauten populären Totschlag-Wörtern wie »extrem«, »(rechts-)radikal«, »antifeministisch«, »ultrarechts« und »wertkonservativ« und »christlich«, ohne für diese Einschätzung irgendwelche Beweise anzuführen.

Damit betet die SZ unkritisch die Verdächtigungen unserer Gegner nach. Niemand hat vor Abfassung des Artikels mit uns Kontakt aufgenommen, um uns um eine Stellungnahme zu bitten. Ich halte dieses Vorgehen für journalistisch äußerst fragwürdig. Nach wie vor sind wir jederzeit zu einem Dialog mit allen Interessierten über unsere Anliegen bereit. Es wäre erfreulich, wenn unsere Gegner für unsere Ziele wenn schon nicht Zustimmung, so doch wenigstens Achtung aufbringen könnten und ein wenig von der Toleranz, die sie uns täglich predigen. Gerade die Deutschen samt ihren Medien sollten sich prüfen, ob im Bereich Lebensschutz nicht ein Aufgabenfeld liegt, das sie mit größerem Ernst angehen sollten. Wir setzen uns mit guten Argumenten für eine gute Sache ein.

*Antonia Egger, München*

Ich wollte im Gegenteil mit diesem personellen Vorschlag Ökonomie und Ökologie miteinander versöhnen und ideologische Gräben schließen. Ich bin des-



Josef Schmid, CSU

halb mit Herrn Hollemann in einem persönlichen Gespräch übereingekommen, dass er seine Kandidatur zurückzieht«, erklärt Münchens Zweiter Bürgermeister Josef Schmid hinterher auf seiner Facebook-Seite.

Der bodenständige Metzgersohn bedauerte sogar »die Entwicklung« und

bekundete, dass er immer noch glaube, »dass Herr Hollemann der Stadt gerade im Umweltbereich wichtige Impulse hätte geben können«. Es gebe für ihn



Claudia Kaminski

»überhaupt keinen Grund, an der persönlichen Integrität von Markus Hollemann zu zweifeln. Viele Angriffe gegen ihn – vor allem in den sozialen Netzwerken – empfinde ich als unfair und über die Maßen aggressiv«, so Schmid.

Durchstehen wollte oder konnte Schmid die Kampagne gegen den ÖDP-

Politiker, die dem Vernehmen nach von Münchner Grünen angezettelt wurde, nicht. Aus Münchner CSU-Kreisen verlautete später, die SPD habe der CSU schließlich mit dem Bruch der Koalition gedroht. Schmid habe letztlich vor der Wahl gestanden, Hollemann zur Aufgabe seiner Kandidatur zu drängen oder aber seinen eigenen Hut zu nehmen. Dann hätte ein anderer »Hollemann entsorgt«. Mit seinem Namen einstehen will für diese Behauptung allerdings niemand.

Das gilt auch für andere Lesarten der Causa. Nach einer von ihnen soll die passive ALFA-Mitgliedschaft von Hollemann gar nicht das tatsächliche Problem, sondern nur ein Vorwand gewesen sein. Das eigentliche Problem sei vielmehr, dass Hollemann Mitglied der ÖDP sei, einer Partei, mit der die Grünen darüber stritten, wer von ihnen die »wahre Öko-Partei« sei. Sollte dies zutreffen, dann wäre die »Süddeutsche Zeitung« nicht einmal der Urheber der Kampagne gegen Hollemann gewesen, sondern hätte sich bloß benutzen lassen. Einen schlimmeren Vorwurf als diesen kann man einem Medium beinahe nicht machen. Oder wie es einer formuliert, der namentlich nicht genannt werden will: »Dreckig, feige und gemein zu sein« werde in Journalistenkreisen »immer noch goutiert«. Nur »dumm« zu sein, das ginge »gar nicht«.

## INFO

### Diffamiert und abgeschossen

**Die katholische Zeitung »Die Tagespost« (DT) kommentierte den »Fall Hollemann« in Gestalt ihres Chefredakteurs Markus Reder in ihrer Ausgabe vom 30.01.2015. »LebensForum« dokumentiert den Kommentar mit freundlicher Genehmigung der DT im Wortlaut:**

Von Markus Reder

Von einer Provinzposse kann man nicht sprechen. Schon deshalb nicht, weil die bayerische Landeshauptstadt nun mal keine Provinz ist. Mehr noch: Die Vorgänge um die Besetzung der Stelle des Münchner Gesundheitsreferenten sind von derart grundsätzlicher Bedeutung, dass einem graust. Wenn Schule macht, was sich da abgespielt hat, können bekennende Christen Engagement in politischen Ämtern künftig vergessen. Getrieben von wüsten, völlig unhaltbaren Anwürfen einer linken politischen Allianz und medialer Hetze lässt die CSU binnen weniger Stunden ihren Wunschkandidaten fallen. Verbrochen hat der ÖDP-Politiker Markus Hollemann nichts. Er ist bekennender Christ, setzt sich für das Lebensrecht Ungeborener ein und zeigt sich solidarisch mit verfolgten Christen im Ausland. Das ist alles, aber das reicht. Seit dem »Fall Hollemann« weiß man: Mehr braucht es nicht, um in Windeseile abserviert zu werden. Nicht ohne dass einem zuvor der gute Ruf genommen wird, indem linke Ideologen christliches Engagement in die rechtsradikale Schmuddelcke stellen.

Das ist ein Musterbeispiel für jenen Kopf-ab-Journalismus, der immer mehr um sich greift. An die Stelle sorgfältiger Berichterstattung und differenzierter Betrachtung tritt der ideologisch motivierte, öffentlich exerzier-

te Rufmord. Dabei arbeiten die Ideologen in Parteien und Medienhäusern Hand in Hand, um ihnen unliebsame Personen auszuschalten. Auf diese Weise verschieben Stimmungs- und Meinungsmächtige die Koordinaten dessen, was als »politisch korrekt« gilt und als hoffähig, sprich amtsfähig, akzeptiert wird. Inzwischen reicht es also, für den Schutz des Lebens einzutreten und für durch Islamisten verfolgte Christen zu spenden, um in der rechten Ecke versenkt zu werden.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass es unter Lebensschützern auch schräge Vögel gibt. Die »Aktion Lebensrecht für Alle« (ALFA) gehört sicher nicht dazu. Was jeder unschwer feststellen kann, der sich fair mit ihrer Arbeit beschäftigt. Die ALFA ist eine überkonfessionelle Lebensschutzorganisation, die in Fragen des Lebensrechts mit den Positionen der Katholischen Kirche übereinstimmt. Wenn man das heute nicht mehr tun darf, ohne politisch erledigt zu werden, nennt man das wohl »Gesinnungsterror«. Was sich in München abgespielt hat, ist ein erschreckender Präzedenzfall, der zeigt, wie es um Lebensrecht und Meinungsfreiheit bestellt ist. Über Politikverdrossenheit und Frust über die etablierten Parteien braucht sich da keiner mehr wundern. All jenen in Parteien und Redaktionen, die Abtreibung als Menschenrecht proklamieren und Andersdenkende mundtot machen wollen, sei ein Blick ins Gesetzbuch empfohlen. Abtreibungen sind rechtswidrig, heißt es da. Das gilt, auch wenn sie straffrei sind.

12 - 14



### Abtreibung als neues »grundlegendes Menschenrecht«?

Vier offene Linke und Liberale drängen im Europäischen Parlament immer vehementer darauf, Abtreibung nunmehr zwingend als ein Menschenrecht zu verankern. Ein solches Vorgehen ist jedoch in der EU-Mitgliedschaft, die das sogenannte Leben nach dem Tode der Schwangerschaft als ein grundlegendes Menschenrecht betrachtet, ein Widerspruch.

Die Sozialisten im EU-Parlament lassen sich locker. Das Ziel: Abtreibung soll als Menschenrecht anerkannt werden.

27 - 29



### Erklärtes Rechtssubjekt: der ungeborene Mensch

Unter dem Titel »Abtreibung – Ein neues Menschenrecht« haben deutsche Lebensrechtler gemeinsam ein Buch herausgegeben, das wichtige bereits offene Aufgabenstellungen hat. In ihm thematisiert unsere guest author die Aspekte des Abtreibungsgegenstandes in den Blick und beleuchtet seine Folgen für Staat, Recht und Gesellschaft sowie den Einzelnen. Grund genug für eine ausführliche Rezension.

Der Sonntag der Töten und Abtreibung – Ein neues Menschenrecht? – haben deutsche Lebensrechtler gemeinsam ein Buch herausgegeben, das wichtige bereits offene Aufgabenstellungen hat. In ihm thematisiert unsere guest author die Aspekte des Abtreibungsgegenstandes in den Blick und beleuchtet seine Folgen für Staat, Recht und Gesellschaft sowie den Einzelnen. Grund genug für eine ausführliche Rezension.

# Zum Abschluss freigegeben

Liebe Leserin, lieber Leser,

was wäre eigentlich in Deutschland los, wenn ein für fachlich geeignet gehaltener Politiker sich für das Amt des Gesundheits- und Umweltreferenten einer deutschen Großstadt bewürbe und Gegen ihm die Mitgliedschaft in einem Verein vorhielten, der die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch (StGB) fordert? Ein Sturm bräche los. Leitartikler würden sich die Finger wund schreiben. Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit würde in Stellung gebracht und darauf verwiesen, dass an Recht und Gesetz sich auch halten könne, wer persönlich eine andere als die derzeit geltende rechtliche Regelung bevorzugt. Von der Errichtung einer »Meinungsdiktatur« wäre die Rede. Vermutlich würde sogar daran erinnert, »dass nur tote Fische mit dem Strom schwimmen« und dass erst der »Rechtsbruch« einen Politiker für ein Amt disqualifiziere und nicht etwa schon sein »kritisches Bewusstsein«.

Von alledem war in dem »Fall Hollemann« jedoch nichts zu lesen. Der Grund: Herr Hollemann ist eben nicht Mitglied bei »pro familia«, die, obwohl sie für die Abschaffung des Paragraphen 218 StGB eintritt, nicht nur Beratungsstellen unterhält, die Schwangerenkonfliktberatungen durchführen, bei denen das geltende Recht beachtet werden muss, sondern auch selbst Einrichtungen unterhält, in denen Abtreibungen vorgenommen werden. Herr Hollemann ist einfaches Mitglied der »Aktion Lebensrecht für Alle«, die für das Lebensrecht eines jeden Menschen eintritt – ganz gleich ob geboren oder ungeboren, behindert oder unbehindert, schwach oder stark, krank oder gesund. Und da gelten nun einmal andere Maßstäbe.

Da werden Lebensschutzorganisationen wie die ALfA mal eben als »radikale Abtreibungsgegner« etikettiert: Vor dem geistigen Auge der Leserinnen und Le-

ser sollen offenbar vermummte Gestalten erscheinen, die, mit Pflastersteinen und Molotow-Cocktails bewaffnet, vor Abtreibungspraxen aufmarschieren. Dabei ist die Wirklichkeit eine ganz andere: Es sind die Lebensrechtler, die jedes Jahr im September in Berlin mit einem friedlichen Schweigemarsch daran erinnern, dass das »Recht auf Leben« auch ungeborenen Menschen zukommt. Und es sind Lebensrechtler, die dabei von der Polizei vor gewaltsamen Übergriffen von Abtreibungsbefürwortern geschützt werden müssen. Dass zu diesen Gegendemonstrationen ein Bündnis aufruft, dem auch »pro familia« angehört, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt.



### »Mit welchem Argument ließe sich das Töten rechtfertigen?«

Die Strategie, die hinter einer solchen Falsch-Etikettierung steht, ist so durchsichtig wie primitiv. Wer so etikettiert wird, soll in die Schmutz-Ecke abgeschoben und aus dem gesellschaftlichen Diskurs verbannt werden. Auf diese Weise will man sich die Auseinandersetzung mit den Argumenten der derart Etikettierten ersparen. Lebensrechtler können eine solche Vorgehensweise nicht tolerieren, wohl aber verstehen. Denn mit welchem Argument ließe sich auch das Töten unschuldiger und wehrloser Menschen im Mutterleib rechtfertigen?

Zu Diffamierung und Ausgrenzung greift, wenn es an Argumenten mangelt. Das mag funktionieren. Zugleich ist es aber das öffentliche Eingeständnis der eigenen Schwäche.

Ihre

Claudia Kaminski

Claudia Kaminski  
Bundesvorsitzende der ALfA